

Ä1 Satzungsänderung §9 Landesvorstand Mindestmitgliederzahl

Antragsteller*in: Hannes (Hans-Peter) Behrens (Kreisvorstand Bremerhaven/ Ak Umwelt Bremerhaven)

Änderungsantrag zu A4

In Zeile 4 einfügen:

Der Landesvorstand besteht aus mindestens fünf Mitgliedern....., von denen mindestens ein Landesvorstandsmitglied aus dem Kreisverband Bremerhaven entsandt sein sollte.

Begründung

In Bremen wird oft der Begriff Stadtstaat benutzt , tatsächlich trägt Bremen aber dabei noch die einmalige Eigenschaft in Deutschland, ein Zwei-Städte-Staat zu sein. Somit ist auch auf der Ebene der Struktur des Landesvorstandes von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN die politische Sonderrolle der Stadt Bremerhaven zu verstehen und auch ausreichend zu berücksichtigen. Dass immer auch mindestens eine Stimme repräsentativ für Bremerhavens wirklich wahrgenommen und einbezogen werden muss, gehört unseres Erachtens schon lange in die Satzung des Bremer Landesverbandes.

Wir fordern daher die Landesmitgliederversammlung auf, diesen Sachverhalt durch Verschriftlichung in der Satzung abzusichern.

(Die letzten beiden Male geschah die Aufnahme eines Mitglied aus dem Bremerhavener Kreissverbandes in den LaVo , die als Selbstverständlichkeit verstanden werden könnte, mit den begleitenden Umständen einer Diskussion und in Teilen eher mit einem Goodwillsignal als mit der angesprochenen Selbstverständlichkeit.)

Unterstützer*innen

Maurice Müller (Ak Umwelt); Claudius Kaminiarz (Stadtverordnetenfraktion); Razieh Kaj (Kreisverband Bremerhaven); Dorothea Fensak (Kreisvorstand, Ak Umwelt); Harald Stelljes (Kreisverband Breerhaven, Ak Umwelt); Firmian von Peetz (Ak Umwelt, Kreisverband Bremerhaven); Claas Schott (Kreisverband Bremerhaven, Ak Umwelt)

Ä1 Satzung §9 Landesvorstand Trennung von Amt und Mandat

Antragsteller*in: Wilko Zicht (Bremen-Ost KV)

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 19 einfügen:

Bremischen Bürgerschaft (Landtag), der Stadtbürgerschaft, des Bundestags oder des europäischen Parlaments sein.

Begründung

Aufgrund der Doppeldeutigkeit des Begriffs „Bremische Bürgerschaft“ sollte eindeutig geregelt sein, ob damit nur der Landtag oder auch die Stadtbürgerschaft gemeint ist. Grüne Mitglieder der Stadtbürgerschaft, die nicht gleichzeitig Mitglied des Landtags sind, werden üblicherweise so weit es geht in die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion integriert und haben in der Fraktion volle Mitgliedsrechte. In Sachen Trennung von Amt und Mandat ist es daher sachgerecht, auch die Stadtbürgerschaft in die Aufzählung aufzunehmen. Die Ungleichbehandlung mit Bremerhavenern Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung ist insofern gerechtfertigt, weil diese nicht in vergleichbarer Weise Mitglied der Landtagsfraktion sind.

Unterstützer*innen

Bei Änderungsanträgen nicht erforderlich; Bei Änderungsanträgen nicht erforderlich; Bei Änderungsanträgen nicht erforderlich; Bei Änderungsanträgen nicht erforderlich; Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV)

Ä1 Landesarbeitsgemeinschaften als Think Tanks weiter entwickeln

Antragsteller*in: Hannes (Hans-Peter) Behrens (Kreisvorstand Bremerhaven/ Ak Umwelt Bremerhaven)

Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 12 bis 13:

4. Pressearbeit ~~ist Sache des Landesvorstandes. Abgestimmt mit dem LaVo sind Pressemitteilungen zu Fachthemen möglich und wünschenswert.~~ sollte, gerade bei Fachthemen, nicht nur Sache des Landesvorstands sein. Stattdessen sollte auch LAGen eine eigene Sprach- und Aussagefähigkeit zugestanden werden.. In gewisser Abstimmung mit dem LaVo sollten Pressemitteilungen zu Fachthemen wünschenswert und jederzeit möglich sein.

Begründung

Meinem Verständnis fördert es "Think Tanks" eben nicht, wenn die Ergebnisse ihrer Arbeit, ihres Recherchierens nicht von den Mitarbeitenden geradeaus auch öffentlich gemacht werden können. LAGen sollten an sich als sprachfähig angesehen werden und sprachfähig gemacht werden. "Think Tanks" sollten (auch im Sinne basisdemokratischen Arbeitens und Zusammenarbeits) nicht dazu bestimmt sein für den Landesvorstand zu denken und zu arbeiten.

Unterstützer*innen

bei Änderungsanträgen nicht notwendig; bei Änderungsanträgen nicht notwendig; bei Änderungsanträgen nicht notwendig; Maurice Müller (Ak Umwelt); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Jens Schabacher (KV MÖV)

Ä1 „Partizipation junger Menschen bei den Grünen in Bremen“

Antragsteller*in: Wilko Zicht

Änderungsantrag zu A23neu2

Nach Zeile 21 einfügen:

Bei der Aufstellung der Listen für die Bürgerschaftswahl soll das Wahlverfahren so gestaltet werden, dass von drei aufeinander folgenden Listenplätzen (1-3, 4-6, 7-9 usw.) immer mindestens ein Platz mit einer Person besetzt wird, die noch nie einem Parlament (Landtag eines deutschen Landes, Bundestag, Europäisches Parlament) angehört hat. Die hauptamtliche Ausübung politischer Ämter (z.B. Senats- und Magistratsmitglieder, Staatsrät*innen, Ortsamtsleiter*innen) steht insoweit der Mitgliedschaft in einem Parlament gleich.

Begründung

Das Anliegen des Antrags, die Wahlchancen junger Menschen zu verbessern, ist zu begrüßen. Allerdings schießt er übers Ziel hinaus, wenn er jeden dritten Platz der Wahlbereichslisten zur Bürgerschaftswahl für 27-jährige und Jüngere reservieren will. Sinnvoller wäre es, nach dem Vorbild anderer Landesverbände (z. B. Berlin, Niedersachsen) eine Neuenquote einzuführen. Sie entspricht der Überzeugung, dass die Vielzahl qualifizierter und fähiger Mitglieder eine Stärke unserer Partei ist. Die regelmäßige Erneuerung eines Teils unserer Abgeordnetenmandate durch erstmalige Abgeordnete fördert die politische Teilhabe des Landesverbands insgesamt und stärkt dessen Rolle im Verhältnis zu den Abgeordneten. Die Neuenquote steht zudem für die Förderung frischen Winds in den Parlamenten und betont damit unser erfolgreiches Außenbild als innovative und lebendige Partei. Sie stellt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen erfahrenen und neuen Abgeordneten sicher und wird indirekt auch jungen Menschen in unserer Partei helfen, strukturelle Benachteiligungen bei der Listenaufstellung zu überwinden.

Unterstützer*innen

Carsten Werner (MÖV)

Ä1 Junge Leute fördern - Listenaufstellung BBü

Antragsteller*in: Wilko Zicht (KV Bremen-Ost)

Titel

Ändern in:

Junge und neue Leute fördern - Listenaufstellung BBü

Änderungsantrag zu A31neu

Von Zeile 2 bis 7:

junge Menschen in den meisten Parlamenten unterrepräsentiert sind und dies auch für die letzten Bürgerschaftsfraktionen der Bremer Grünen gilt.

Außerdem wollen wir eine innovative und lebendige Partei sein, die in jeder Wahlperiode aufs Neue frischen Wind ins Parlament bringt. Die Vielzahl qualifizierter und fähiger Mitglieder ist eine Stärke unserer Partei.

Daher soll bei Listenaufstellungen für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft in Zukunft neben der bewährten 50-Prozent-Frauenquote auch eine ~~Junge-Menschen-Quote angewandt werden. Dabei soll auf die Plätze 5 und 6 eine Person, die am Wahltag maximal 30 Jahre alt ist, aufgestellt werden.~~Neuen-Quote angewandt werden. Dabei soll von drei aufeinander folgenden Listenplätzen (1-3, 4-6, 7-9 usw.) immer mindestens ein Platz mit einer Person besetzt werden, die noch nie einem Parlament (Landtag eines deutschen Landes, Bundestag, Europäisches Parlament) angehört hat. Die hauptamtliche Ausübung politischer Ämter (z.B. Senats- und Magistratsmitglieder, Staatsrät*innen, Ortsamtsleiter*innen) steht insoweit der Mitgliedschaft in einem Parlament gleich.

Ä2 Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen!

Antragsteller*in: Lisa Wargalla

Änderungsantrag zu A40neu

Nach Zeile 77 einfügen:

[12. Ausbau des Straßenbahnnetzes in Bremen: Umsetzung der geplanten Linien \(einschließlich der Weiterführung der Linie 2 bis Oslebshausen\).](#)

Begründung

Bisher war die Aussage, dass die Linie 1 nur im Zusammenhang mit der Linie 8 gefördert wird. Die Linie 1 ist aber in Huchting nicht gewollt, weil diese das Angebot des ÖPNV verschlechtern würde und dadurch auch weiterhin die Busse benötigt werden. Statt sich verbohrt auf die Linie 1 durch Huchting zu fokussieren könnte man ja auch Linien neu bauen, die den Menschen wirklich helfen und auch vor Ort gewollt werden.

Ä3 Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen!

Antragsteller*in: Maike Schaefer (Fraktion)

Änderungsantrag zu A40neu

Nach Zeile 77 einfügen:

[12. Ausbau des Straßenbahnnetzes in Bremen: Umsetzung der geplanten Linien \(einschließlich der Linie 1 zusammen mit der Linie 8\).](#)

Begründung

Die Linie 8 soll Pendler aus Weyhe weg vom Auto hin zum umweltfreundlichen ÖPNV bewegen. Die Linie 8 rechnet sich nur mit der Linie 1 in Huchting. Derzeit wird aber die Linie 8 in Niedersachsen beklagt- der Ausgang ist ungewiss. Die Linie 1 ist in Huchting stark umstritten. Sie alleine ersetzt lediglich den Bus-Ringverkehr. Für ihre Realisierung müssen Straßen komplett umgebaut und über 270 Bäume gefällt werden. Eine Realisierung der Linie 1 ohne die Linie 8 macht daher keinen Sinn. Daher sollen beide nur zusammengebaut werden.

Ä1 Bremer Position zum Grundeinkommen entwickeln!

Antragsteller*in: Ken Oduah

Änderungsantrag zu A41neu

Von Zeile 25 bis 27:

Bremen sollte sich an diesem Diskussionsprozess beteiligen. Wir wollen in den kommenden zwölf Monaten ~~eine grüne, bremische Position zu dieser Debatte ein~~ - oder mehrere - Modellprojekte mit dem Ziel entwickeln, dass eines spätestens zu ~~dieser Debatte entwickeln~~ Beginn der nächsten Legislaturperiode umgesetzt wird.

Begründung

Ich schlage vor, den Schwerpunkt und damit den Blickwinkel von der Debatte zum Ziel zu verlagern. Das hilft, Möglichkeiten zu finden, vorhandene und auftretende Hürden zu umschiffen.

Einerseits werden bei einem Bremer Modellprojekt womöglich andere Erkenntnisse zu gewinnen sein als bei Modellversuchen in Schleswig-Holstein oder in Finnland, Stadtstaaten wie Bremen, das sich selbst immer wieder als "Versuchslabor" für gesellschaftliche Entwicklungen verstanden hat, haben anders gelagerte Strukturen und Schwierigkeiten als der ländlich geprägte Raum.

Andererseits kann ausgelotet werden, welche Möglichkeiten Bremen heute schon hat, ohne auf Entscheidungen auf Bundesebene zu warten wie auf dem Energie- oder Mobilitätssektor (Stichwort z. B. ökologische oder energetische Grundsicherung).